



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 67 - Plenarwoche 14.-18. Januar 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen:

Fördermittelbeantragung jetzt online möglich

Mit dem Ziel die aufwendigen Papieranträge für Fördermittelanträge abzuschaffen, hat die EU nun ein neues Förderprogramm mit der Möglichkeit der online Beantragung eingeführt.

Dieses Programm nennt sich "Europa für Bürgerinnen und Bürger" und ist mit einem Gesamtetat von 215 Mio. € für die Förderperiode 2007-2013 ausgestattet. Ziel des Programms ist es, eine große Bandbreite von Aktivitäten zur Förderung einer "aktiven europäischen Bürgerschaft" zu unterstützen. Darunter fallen neben Städtepartnerschaften auch verschiedene Bürgerprojekte, bei denen Menschen mit den verschiedensten Hintergründen gemeinsam auf europäischer und lokaler Ebene handeln oder über europäische Themen gemeinsam sprechen. Desweiteren werden Forschungseinrichtungen und Initiativen von zivilen Organisationen gefördert. Aber auch der europäischen Vergangenheit soll durch Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege der wichtigsten Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus und Stalinismus gedacht werden, um darauf aufbauend eine neue Zukunft zu gestalten.

Zwar müssen bis Ende 2008 die Anträge noch in Papierform nachgereicht werden, aber im Laufe der Förderperiode soll eine komplette Umstellung auf die elektronische Antragsstellung erfolgen.

Einen ausführlichen Leitfaden mit allen notwendigen Informationen zu den förderfähigen Projekten, den Kriterien im Auswahlverfahren und der Antragsstellung erhalten Sie kostenlos unter:

http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.htm

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Besserer Schutz vor Berufskrankheiten und Unfällen am Arbeitsplatz

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) schätzt, dass 2006 in der EU etwa 167 000 Menschen durch Arbeitsunfälle oder arbeitsbedingte Erkrankungen gestorben sind. Weitere 300 000 Arbeitnehmer werden nach Angaben der Europäischen Kommission jedes Jahr arbeitsunfähig. Die Kommission hat sich daher das Ziel gesetzt, die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz EU-weit um durchschnittlich 25% zu verringern. Das EP forderte darüber hinaus aber auch die Verringerung von Berufskrankheiten wie arbeitsbedingten Krebserkrankungen. Die Abgeordneten forderten außerdem erneut dazu auf, Arbeitnehmer besser vor Krankheiten wie Hepatitis C und Aids zu schützen. Zudem sollten die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne für eine schrittweise Beseitigung von Asbest erstellen. Die Abgeordneten schlugen daher vor, die vorgesehene reine EU-Empfehlung zu Berufskrankheiten in eine gesetzlich verpflichtende Richtlinie umzuwandeln.

2. Rechte der Kinder durch gemeinsame EU-Strategie

Das EP begrüßte die Initiative der Kommission einer gemeinsamen EU-Kinderrechtsstrategie, sprach sich jedoch für zahlreiche Ergänzungen wie z.B. beim Kampf gegen Kinderhandel und Pädophilie aus. Die Abgeordneten plädierten außerdem für eine einheitliche extraterritoriale strafrechtliche Vorschrift in der gesamten EU betreffend die Rechte des Kindes, insbesondere im Hinblick auf Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und -pornographie. Darüber hinaus plädierten die Abgeordneten für ein Europäisches Frühwarnsystem für Kindesentführungen sowie für eine EU-weite Hotline für Hilfe suchende Kinder.

Das EP begrüßte in diesem Zusammenhang den Beschluss der Regierungskonferenz (Gipfel) vom 19. Oktober 2007, die Rechte des Kindes als eines der Ziele in den Vertrag von Lissabon einzubeziehen, um so eine neue Rechtsgrundlage für die Rechte des Kindes zu schaffen.

3. Künftige EU-Politik im Automobilsektor

Zum Schutz der europäischen Autohersteller sollen CO₂-Emissionsgrenzwerte für Pkw in der EU nicht vor 2015 verbindlich festgelegt werden. Das hat das EP erneut mit großer Mehrheit gefordert. Die Abgeordneten unterstützten einen Resolutionsentwurf zu dem Bericht der Expertengruppe Cars 21, in dem gefordert wird, die „reelle Marktlage“ in der EU zu berücksichtigen und der Kfz-Branche keine „unrealistischen“ Zielvorgaben aufzubürden. Die EU Kommission will den Kohlendioxid-Ausstoß von Pkw ab 2012 auf 120 Gramm pro Kilometer begrenzen. Das Parlament hält hingegen eine Reduktion der Emissionen auf 125 Gramm CO₂ bis 2015 für „erreichbar“. Derzeit liegt der durchschnittliche Emissionswert der europäischen Pkw-Flotte bei rund 160 Gramm.

4. EP verabschiedet neue Verbraucherkredit-Richtlinie

Das EP hat die neue Verbraucherkredit-Richtlinie in zweiter Lesung nach über 6-jährigen Beratungen verabschiedet. Die Richtlinie gilt für Kredite ab 200 € bis 75 000 € und soll ab Frühjahr 2010 gelten. Hypothekenkredite sind nicht erfasst. Festgeschrieben sind u.a. ein 14-tägiges Rücktrittsrecht für Verbraucher sowie eine Entschädigung für Kreditgeber bei vorzeitiger Rückzahlung. Diese Entschädigung darf 1 % des vorzeitig zurück gezahlten Kreditbetrags nicht überschreiten, wenn zwischen dem Zeitpunkt der Rückzahlung und dem Vertragsende mehr als ein Jahr liegt. Ist der Zeitraum kürzer, darf der Betrag nicht mehr als 0,5 % ausmachen. Informationen für Verbraucher, etwa der effektive Jahreszins, müssen auf einem Standardformblatt mitgeteilt werden, so dass die Kreditnehmer besser vergleichen und in ganz Europa den günstigsten Kredit ausfindig machen können. Ziel der neuen Richtlinie ist die Entwicklung eines transparenteren und effizienteren Kreditmarkts, bei dem ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet wird.

III. Weitere Themen waren

- Neues Entgeltsystem für 67 EU-Flughäfen
- Aktionsplan für Erwachsenenbildung
- Debatte des EP zu den Prioritäten der slowenischen Präsidentschaft
- steuerliche Behandlung von Verlusten bei grenzüberschreitenden Sachverhalten
- Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien
- Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen
- Europäisches Polizeiamt (Europol)
- Forderung von Neuwahlen in Kenia
- Rolle der Frauen in der Industrie

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>
